

Ordentliche Wintersitzung vom 12. Dezember 2012

Summarisches Protokoll

Traktandierte Geschäfte

1. Verordnung über den Feuerschutz (RRB Nr. 819/2012 und RRB Nr. 1094/2012)

Der Rat tritt auf die Vorlage ein. In der Detailberatung ergibt sich:

§ 18 (neu)

Der Regierungsfassung steht der Antrag der Kommission auf einen neuen § 18 gegenüber, zu dem der Regierungsrat als Eventualantrag eine Ergänzung vorschlägt.

1. Abstimmung

Der Antrag der Kommission auf einen neuen Paragraphen 18 wird grundsätzlich mit 75 zu 17 Stimmen angenommen.

2. Abstimmung

Die Fassung der Kommission setzt sich mit 71 zu 19 Stimmen gegen den Ergänzungsantrag des Regierungsrates durch.

Die bisherigen Paragraphen 18 bis 48 werden zu Paragraphen 19 bis 49. Es erfolgt deshalb auch eine formale Anpassung der Verweise auf Paragraphen.

§ 24 Abs. 2

Der Kommissionsfassung wird nicht opponiert; sie wird übernommen.

§ 27 Abs. 1 Bst. f (neu)

Der Kommissionsfassung wird nicht opponiert; sie wird übernommen.

§ 28 Abs. 1 Bst. j

Es wird eine redaktionelle Berichtigung vorgenommen; der falsche Buchstabe k wird durch den Buchstaben j ersetzt.

§ 39 Abs. 2 und 3 (neu)

Der Kommissionsfassung wird nicht opponiert; sie wird übernommen.

§ 42 Abs. 1 und 2

Dem Antrag der Kommission steht die ursprüngliche Regierungsfassung gegenüber. Zu dieser beantragt RR André Rügsegger eine Neufassung, damit vom Kantonsrat entschieden werden kann, ob die Finanzierung des Seerettungsdienstes und der sanitätsdienstlichen Ersteinsatzelemente ebenfalls aus der Spezialfinanzierung erfolgen soll oder nicht. Der Antrag lautet:

¹ Der Ertrag der Ersatzabgabe, des Feuerwehrbeitrages *und der Entschädigungen aus den Einsätzen der Feuerwehr nach §§ 16 – 17 sowie die Beiträge des Kantons* sind zweckgebunden zu verwenden für:

- a) *die Ausrüstung und den Betriebsaufwand der Feuerwehr, ausgenommen davon sind der Seerettungsdienst und das sanitätsdienstliche Ersteinsatzelement;*
- b) die Feuerwehrlokale und -fahrzeuge
- ~~c) den Seerettungsdienst und das sanitätsdienstliche Ersteinsatzelement;~~
- c) die Löschwasserversorgung;
- d) die Kosten des vorbeugenden Brandschutzes.

² Der Ertrag hat *unter Berücksichtigung der Kantonsbeiträge und unter Vorbehalt besonderer Haushaltsvorschriften für die Gemeinden* den Gesamtaufwand ~~des Feuerschutzes~~ nach Abs. 1 zu decken.

KR Adrian Dummermuth stellt den Ordnungsantrag:

Die Vorlage ist zur Überarbeitung an die vorberatende Kommission zurückzuweisen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit 61 zu 32 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung über § 42

Mit 74 zu 14 Stimmen wird die Neufassung von RR Rügsegger übernommen.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 89 zu 1 Stimme genehmigt.

2. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Leistungsaufträge und Globalbudgets für das Jahr 2013 und Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2013 (RRB Nr. 909/2012, RRB Nr. 997/2012 und RRB Nr. 1074/2012 [Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der Staatswirtschaftskommission])

- a) Leistungsaufträge und Globalbudgets*

KR Adrian Föhn stellt den Antrag:

Der Voranschlag 2013 mit sämtlichen Leistungsaufträgen und Globalbudgets ist an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, den Aufwandüberschuss von 80 Mio. Franken im revidierten Budget einzuhalten.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wird mit 63 zu 29 Stimmen abgelehnt.

Auf die Vorlage wird eingetreten. In der Detailberatung ergibt sich:

Staatskanzlei

KR Walter Duss stellt namens der Staatswirtschaftskommission den Antrag:

Das Globalbudget ist um den Gegenwert der beantragten Stellenerweiterung von 0.5 Stellen zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 67 zu 22 Stimmen angenommen.

Departement des Innern; Departementssekretariat

Der Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Zielwert des Indikators bei 100 Prozent zu belassen, wird stillschweigend angenommen.

Amt für Gesundheit und Soziales

Der Antrag der Staatswirtschaftskommission, auf die Beschaffung von Monitoren zu verzichten, wird angenommen.

Volkswirtschaftsdepartement; Amt für Wirtschaft

KR René Bünter stellt den Antrag:

Das Globalbudget für das Amt für Wirtschaft ist zurückzuweisen und um 200 000 Franken zu reduzieren.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 47 zu 35 Stimmen abgewiesen.

Sicherheitsdepartement; Rechts und Beschwerdedienst

Dem Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Zielwert des Indikators bei 75 Prozent zu belassen, wird nicht opponiert.

Baudepartement; Tiefbauamt

Dem Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Zielwert des Indikators zur Werterhaltung der Strassen leer zu lassen, wird nicht opponiert.

Umweltdepartement; Amt für Natur, Jagd und Fischerei

KR Walter Duss stellt namens der Staatswirtschaftskommission den Antrag:

Das Globalbudget ist um den Gegenwert der beantragten Stellenerweiterung von 0.5 Stellen zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 68 zu 24 Stimmen angenommen.

In der Schlussabstimmung werden mit 69 zu 16 Stimmen folgende Leistungsaufträge und Globalbudgets genehmigt:

Staatskanzlei	Fr. 3 375 500.--
Departementssekretariat Departement des Innern:	Fr. 4 478 900.--
Amt für Gesundheit und Soziales:	Fr. 155 304 500.--
Departementssekretariat Volkswirtschaftsdepartement:	Fr. 781 600.--
Amt für Wirtschaft:	Fr. 2 456 600.--
Amt für Raumentwicklung:	Fr. 1 512 500.--
Amt für Migration:	Fr. -718 600.--
Amt für Arbeit:	Fr. 2 206 300.--
Amt für Landwirtschaft:	Fr. 8 742 100.--
Departementssekretariat Bildungsdepartement:	Fr. 727 500.--
Amt für Volksschulen und Sport:	Fr. 52 567 600.--
Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz:	Fr. 2 621 800.--
Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz:	Fr. 3 521 600.--
Amt für Mittel- und Hochschulen:	Fr. 52 906 100.--
Kantonsschule Kollegium Schwyz:	Fr. 8 361 700.--
Kantonsschule Ausserschwyz:	Fr. 11 207 700.--
Amt für Berufsbildung:	Fr. 15 263 000.--
Berufsbildungszentrum Goldau:	Fr. 5 334 700.--
Berufsbildungszentrum Pfäffikon:	Fr. 6 932 900.--
Kaufmännische Berufsschule Schwyz:	Fr. 3 497 600.--
Kaufmännische Berufsschule Lachen:	Fr. 3 161 700.--
Amt für Berufs- und Studienberatung:	Fr. 2 668 700.--
Amt für Kultur:	Fr. 6 055 900.--
Departementssekretariat Sicherheitsdepartement:	Fr. 511 900.--
Rechts- und Beschwerdedienst:	Fr. 2 981 300.--
Oberstaatsanwaltschaft:	Fr. 645 400.--
Staatsanwaltschaft:	Fr. 3 994 200.--
Jugendanwaltschaften:	Fr. 1 872 500.--
Kantonspolizei:	Fr. 38 204 700.--
Amt für Justizvollzug:	Fr. 3 791 500.--
Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz:	Fr. 4 170 700.--
Departementssekretariat Finanzdepartement:	Fr. 777 700.--
Personalamt:	Fr. 5 043 800.--
Finanzverwaltung:	Fr. -62 800.--
Steuerverwaltung:	Fr. 18 967 900.--
Amt für Informatik:	Fr. 5 666 400.--
Finanzkontrolle:	Fr. 662 300.--
Departementssekretariat Baudepartement:	Fr. 731 400.--
Tiefbauamt:	Fr. 0.--
Hochbauamt:	Fr. 27 140 300.--
Amt für öffentlichen Verkehr:	Fr. 27 024 600.--
Verkehrsamt:	Fr. -1 012 000.--
Departementssekretariat Umweltdepartement:	Fr. 396 600.--
Amt für Umweltschutz:	Fr. 4 246 300.--
Amt für Natur, Jagd und Fischerei	Fr. 2 726 800.--
Amt für Wald und Naturgefahren:	Fr. 8 132 400.--
Amt für Wasserbau:	Fr. 2 061 700.--

Amt für Vermessung und Geoinformation:

Fr. 1 991 600.--

b) Detailberatung Voranschlag 2013

Kantonsgericht

Der Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Anpassung des Personalaufwandes wird stillschweigend angenommen.

In der Schlussabstimmung genehmigt der Rat mit 68 zu 16 Stimmen den Voranschlag 2013 mit den beschlossenen Änderungen wie folgt:

1. Laufende Rechnung	
Total Aufwand	Fr. 1 325 453 000.--
Total Ertrag	Fr. 1 224 784 500.--
Aufwandüberschuss	Fr. 100 668 500.--

2. Investitionsrechnung	
Total Ausgaben	Fr. 125 727 200.--
Total Einnahmen	Fr. 38 938 800.--
Nettoinvestitionen	Fr. 86 788 400.--

3. Der Steuerfuss wird auf 120% der einfachen Steuer festgesetzt.

3. Kantonsratsbeschluss über die Nachkredite II zur Staatsrechnung 2012 (RRB Nr. 937/2012)

Der Rat tritt auf die Vorlage ein und genehmigt sie nach der Detailberatung mit 80 zu 4 Stimmen wie folgt:

Dem Regierungsrat wird zulasten der Staatsrechnung 2012 die Erhöhung der folgenden Globalbudgets eingeräumt:

Amt für Gesundheit und Soziales	Fr. 731 000.--
Amt für Arbeit	Fr. 230 000.--
Staatsanwaltschaft	Fr. 320 000.--
Amt für Wasserbau	Fr. 202 900.--

Dem Regierungsrat werden zulasten der Staatsrechnung 2012 folgende Nachkredite eingeräumt:

Laufende Rechnung	Fr. 7 021 000.--
Investitionsrechnung	Fr. 398 600.--

4. Kantonsratsbeschluss über die Inkraftsetzung der neuen Kantonsverfassung (RRB Nr. 966/2012)

KR Birgitta Michel Thenen stellt namens der SP und der Grünen den Antrag:

Das Geschäft ist an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Ergebnisse des Gewährleistungsverfahrens der eidgenössischen Räte abzuwarten und die offenen Fragen aus der Interpellation I 13/12 der FDP-Fraktion zu beantworten, bevor er das Geschäft dem Kantonsrat erneut vorlegt.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 78 zu 12 Stimmen abgewiesen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr nach der Detailberatung mit 78 zu 12 Stimmen zu.

Parlamentarische Vorstösse

a) Erheblich erklärt werden:

Keine

b) Erledigt/abgeschrieben wird:

- Kleine Anfrage von KR Sibylle Ochsner: Kommissionen und Organisationen für Gleichstellungs-, Frauen- und Männerfragen, eingereicht am 6. November 2012, beantwortet am 4. Dezember 2012

c) Neueingänge:

- Motion M 13/12 von KR Herbert Huwiler namens der SVP-Fraktion: Solidarität statt leeres Verständnis, eingereicht am 10. Dezember 2012
- Motion M 14/12 der KR Andreas Marty, Xaver Schuler, Peter Steinegger und Rolf Bolting: Verpflichtungskredit für neue Axen-Autobahn, eingereicht am 12. Dezember 2012
- Postulat P 8/12 der KR Verena Vanomsen. Markus Hauenstein und Rolf Bolting: Lotteriefondsgelder ausschütten anstatt horten, eingereicht am 12. Dezember 2012
- Interpellation I 14/12 der KR Sibylle Dahinden und Birgitta Michel: Energieverbrauch im Alltag reduzieren, eingereicht am 28. November 2012
- Interpellation I 15/12 von KR Leo Camenzind und Mitunterzeichnenden: Zahlt die Zeche der Schwyzer Mittelstand?, eingereicht am 4. Dezember 2012
- Interpellation I 16/12 von KR Adrian Dummermuth: Rückführung von abgewiesenen Asylsuchenden, eingereicht am 5. Dezember 2012
- Interpellation I 17/12 der KR Heinz Winet, Irène May und Paul Schnüriger: Fragen zur privilegierten Dividendenbesteuerung und deren Wirkung auf den NFA, eingereicht am 10. Dezember 2012
- Kleine Anfrage von den KR Marianne Betschart und Armin Camenzind: Defibrillatoren – wer sucht, der findet – vielleicht zu spät, eingereicht am 26. November 2012
- Kleine Anfrage von den KR Rudolf Imlig, Paul Hardegger und Roland Schirmer: Den Pendlerverkehr im Kanton Schwyz sichern, eingereicht am 28. November 2011
- Kleine Anfrage von KR Irene Thalmann und KR Christoph Räber: Verkehrsamt Pfäffikon – wie weiter?, eingereicht am 30. November 2012
- Kleine Anfrage von KR Paul Furrer und KR Erika Weber: Ausbildungen im Bibliothekswesen einführen und attraktiv gestalten, eingereicht am 10. Dezember 2012

Schwyz, 13. Dezember 2011

Margrit Gschwend, Protokollführerin